



JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

TOP 8

Leitantrag

zum SHT 2017

Die Europäische Union als

Chance und

Herausforderung

Die Europäische Union als Herausforderung und als Chance

2 **Deutschland - Vorbild und Anker**

3 Die Europäische Union geht für uns über eine Wirtschafts- und Zollunion hinaus. Wir sind der
4 Ansicht, dass wir in Europa vor allem die gleichen Werte und die freiheitlich demokratische
5 Grundordnung teilen. Es gilt, diese zu bewahren und fortwährend für sie zu werben. Ein vereintes
6 und friedliches Europa kann nur durch eine Form der Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft
7 wachsen.

8 Deutschland ist Gründungsland der Europäischen Union und gleichzeitig der bevölkerungsreichste
9 und wirtschaftlich stärkste Mitgliedsstaat. Aus diesen Umständen ergibt sich für Deutschland eine
10 Führungsrolle in der EU.

11 Diese Führungsrolle verstehen wir aber nicht als Machtstellung, die unsere europäischen Partner
12 bedrängen soll. Wir möchten ein Deutschland, das sich als Motor europäischer Integration versteht
13 und als Reformgeber dringend benötigte Erneuerungen politisch mehrheitsfähig macht. Wir setzen
14 darauf, europäischen Zusammenhalt zu stärken und dem Einfluss, der Europäischen Union als
15 größtem Wirtschaftsraum seinen angemessenen Stellenwert bzw. Einfluss in der Welt zu
16 verschaffen.

17 Dazu muss das europäische Recht von den Mitgliedstaaten konsequenter angewandt und
18 umgesetzt werden. Nur wer sich an seine eigenen Regeln hält, kann international auf verbindliche
19 Zusagen pochen. Gerade bei Einhaltung der Maastricht-Kriterien oder von Dublin III -, steht die
20 Glaubwürdigkeit eines ganzen Kontinents auf dem Spiel. Glaubwürdigkeit ist dabei nicht nur nach
21 Außen, sondern auch nach Innen in Bezug auf die europäischen Bürger zu verstehen. Daher fordert
22 die JU SH die Einhaltung aller Formen des europäischen Rechts.

23 Europäische Integration lebt vom Zusammenhalt. Dieser Zusammenhalt wird durch
24 nationalstaatliche Alleingänge, die die gesamte Union betreffen, untergraben. Aus diesem Grund
25 ist auch eine einheitliche Besteuerung von Unternehmen unabdingbar: Ein Wettlauf um den
26 geringsten Steuersatz für Unternehmensgewinne kennt nur Verlierer und begünstigt
27 Unternehmen ungerecht zu Ungunsten der Mitgliedsstaaten und ihrer Bürger. Die Junge Union
28 Schleswig-Holstein fordert deshalb einen europäischen Mindeststeuersatz für das Erheben von
29 Unternehmenssteuern, damit sichergestellt werden kann, dass innerhalb der EU eine bessere
30 Chancengleichheit im Wettbewerb um das An- und Abwerben von Unternehmen entsteht.

31 Des Weiteren ist eine Wahlrechtsreform für eine weiter fortschreitende europäische Integration
32 nötig. Aktuell herrscht durch das Prinzip der degressiven Proportionalität ein Ungleichgewicht der
33 Stimmen im Europäischen Parlament. Der Umstand, dass ein maltesischer Abgeordneter im
34 Parlament 70.000 Bürger und ein deutscher Abgeordneter 800.000 Bürger repräsentiert, ist nicht
35 zu rechtfertigen. Die jetzigen Ausmaße sind jedoch undemokratisch und verhindern ein echtes
36 demokratisches Zusammenwachsen der EU. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein
37 eine Reform der Sitzverteilung im Parlament, die unter anderem vorsieht, die Mindestanzahl an
38 Parlamentariern pro Land zu reduzieren um ein ausgewogeneres Gleichgewicht zu schaffen.

39 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 40 • die europäische Integration zu fördern.
- 41 • die Einhaltung europäischen Rechts.
- 42 • eine Reform des Wahlrechts für das Europäische Parlament.

43 **EU – reformbedürftig, aber trotzdem zukunftsfähig**

44 Die Europäische Union muss zur Stärkung ihrer Integrität sowie zur Attraktivitätssteigerung
45 Maßnahmen zur institutionellen Neustrukturierung anstreben. Besonders in den Kampagnen der
46 EU-kritischen Parteien in ganz Europa wurde das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis der
47 europäischen Verwaltung kritisiert das in Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis stößt. Ein
48 besonders oft kritizierter Punkt ist insbesondere der Erhalt von zwei Parlamentsgebäuden in
49 Brüssel und Straßburg sowie des Generalsekretariats in Luxemburg. Der Unterhalt von drei
50 Standorten mit dem verbundenem Pendeln kostet laut dem zuständigen Parlamentsausschuss
51 jährlich rund 180 Millionen Euro. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb die
52 Bundesregierung auf, sich für einen Beschluss zur Änderung der europäischen Verträge zu Brüssel
53 als alleinigem Standort des Europäischen Parlaments einzusetzen. Der Verlust des
54 Parlamentsstandorts könnte mit der Niederlassung einer anderen europäischen Institution
55 kompensiert werden. Der europäische Gesetzgebungsprozess bedarf einer dringenden Reform.
56 Nach jetzigem Stand ist allein die Europäische Kommission berechtigt einen Gesetzesentwurf
57 einzubringen. Dies ist unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Legitimation höchst fraglich.
58 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher auch dem Europäischen Parlament ein
59 Initiativrecht zu erteilen. Das Parlament als von allem EU-Bürgern direkt gewähltes Organ verfügt
60 über die höchste demokratische Legitimation.

61 Außerdem ist die Verteilung der Kommissionszuständigkeiten innerhalb der EU zwar unter
62 Gleichstellungsaspekten sinnvoll, inhaltlich aber höchst ineffizient. So bindet beispielsweise die
63 Unterteilung in die Kommissionen Digitaler Binnenmarkt und Digitale Wirtschaft unnötig viele

64 Mittel durch redundante Posten trotz eng verwandter Inhalte. Deshalb fordert die Junge Union
65 Schleswig-Holstein eine Überarbeitung der Kommissionszuständigkeiten unter dem Gesichtspunkt
66 der effizienten Aufgabenverteilung. Zudem sollte ein System gefunden werden, in dem nicht
67 zwangsläufig jedes EU-Mitgliedsland ein Kommissionsmitglied stellen muss. Es sollte stattdessen
68 weniger um die Herkunft der einzelnen Kommissare gehen, sondern um deren Befähigung für das
69 jeweilige Amt.

70 Des Weiteren müssen die Prozesse und Beschlüsse innerhalb der europäischen Gremien und auch
71 die Werte der EU besser kommuniziert werden. Die nationale Presse vermittelt oft eine verzerrte
72 Realitätsdarstellung und wälzt staatliche Probleme auf die EU ab, wie es oft in den separatistischen
73 Kampagnen geschah. Deshalb fordert die JU SH eine verbesserte Kommunikation aus Brüssel
74 sowie einen Ausbau des EuroparlTV, dem Internetvideodienst des Europäischen Parlaments, hin zu
75 einem öffentlich-rechtlichen Europäischen Rundfunksenders. Hier ist vor allem eine transnationale
76 Finanzierung ausschlaggebend, um einen guten Informationsstand in allen EU-Mitgliedstaaten zu
77 gewährleisten.

78 Junge Menschen brauchen Zugang zur europäischen Idee. Dazu gehört auch eine bessere
79 Verständigung der Generationen über Landesgrenzen hinweg. Interkulturelle Freundschaften
80 sichern auch die Zukunft der Europäischen Union. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-
81 Holstein gemäß dem Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen
82 Kommission, Manfred Weber, einen Ausbau der finanziellen Förderung von Erasmus+ und
83 Comenius, um einen europäischen Austausch zu erleichtern.

84 Des Weiteren erachten wir es als sinnvoll, den Europatag, den 5. Mai, zu einem EU-weiten Feiertag
85 zu erklären. Durch verschiedene europaweite Aktionen soll der europäische Gedanke in allen
86 Gesellschaftsschichten noch besser verbreitet werden.

87 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 88 • eine Änderung der Europäischen Verträge zugunsten von Brüssel als einzigem
89 Parlamentsstandort.
- 90 • und eine Anpassung des Parlamentshaushaltes.
- 91 • eine effizientere inhaltliche Gliederung der EU-Kommission.
- 92 • ein kostenfreies Interrail-Ticket für junge Europäer.
- 93 • eine Erhöhung der finanziellen Mittel der ERASMUS-Projekte Erasmus+ und Comenius.
- 94 • einen europäischen Feiertag am 5. Mai.

95 **Verteidigung als eine gemeinschaftliche europäische Aufgabe**

96 Ein geeintes und starkes Europa trägt außenpolitisch eine hohe Verantwortung und muss deshalb
97 auch militärisch eng verzahnt zusammenarbeiten. Die existierenden Verbände, angefangen bei den
98 EU-BattleGroups über das Eurokorps bis hin zu vereinzelt bilateralen Truppenunterstellungen,
99 haben bislang noch nicht die erhoffte Bedeutung erreicht.

100 Die Europäische Union tut seit Jahrzehnten zu wenig für eine gemeinsame Verteidigungspolitik.
101 Dabei bietet das in den EU-Verträgen niedergeschriebene Instrument der ständigen strukturierten
102 Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen ein gutes Fundament, um darauf aufbauend das Projekt
103 einer Europäischen Armee voranzutreiben. Die bereits existierenden supranationalen Korps
104 können den Ausgangspunkt für einen bereits aufeinander abgestimmten Stab der europäischen
105 Verteidigungsadministration werden. Damit einhergehend ist dann auch ein gemeinsames
106 Oberkommando auf Augenhöhe mit den EU-Kommissaren zu schaffen.

107 Zur Schaffung der Europäischen Armee gilt es zunächst, die Ausbildung, Einsatzverfahren und
108 Strategien anzugleichen und eine eigene Europäische Strategie in Kooperation mit der NATO für
109 den europäischen Raum zu entwickeln die neben dem soldatischen Selbstverständnis auch das
110 staatsbürgerliche Bewusstsein der Soldaten herausbildet.

111 Zur Schaffung einer Europäischen Armee ist eine engere Verzahnung und ein weiterer Ausbau der
112 Fähigkeiten dieser zu schaffenden Streitkräfte unerlässlich. Wir wollen eine Europaarmee als
113 Ergänzung zu nationalen Streitkräften. Eigene Fähigkeiten der Mitgliedstaaten sollen erhalten
114 bleiben, damit die Europaarmee dann einsatzfähig bleibt, wenn einzelne Nationalstaaten nicht an
115 bestimmten Einsätzen teilnehmen wollen.

116 Europäische, multinationale Verbände analog zu bereits existierenden gegenseitigen
117 Unterstellungen mit den Niederlanden oder gemeinsamen Truppenteilen wie der Deutsch-
118 Französischen Brigade bilden die Blaupause dieser neuen Armee.

119 Eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik bündelt in der Europäischen Union vorhandene
120 Innovationskapazitäten. Dadurch werden bislang bestehende Kompatibilitätsprobleme und
121 unterschiedliche Ausrüstungsstände abgebaut, Kosten minimiert und einheitliche Standards
122 definiert. Dabei ist die Vereinbarkeit der Waffensysteme mit der NATO zu beachten, um im
123 Rahmen der weltweiten Sicherheitsarchitektur anschlussfähig zu sein.

124 In derzeitigen globalen Situation ist es unerlässlich, dass alle EU-Mitgliedstaaten, die gleichzeitig
125 auch in der NATO sind, ihre Verpflichtungen der NATO gegenüber einhalten und mit einer
126 gemeinsamen starken Stimme sprechen.

127 Das Bewusstsein für die Folgen des Einsatzes von Militär beinhaltet auch, dass für die
128 Europäischen Soldaten zudem ein einheitliches Versorgungssystem zu schaffen ist, das auch
129 Veteranen einschließt.

130 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 131 • Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Verteidigungsunion.
- 132 • Unterstellung unter einem Europäischen Oberbefehlshaber.
- 133 • Etablierung einer gemeinsamen Europäischen Rüstungspolitik.
- 134 • Beibehaltung der Anschlussfähigkeit an die NATO.
- 135 • Schaffung einer europäischen Soldatenidentität als Staatsbürger in Uniform.
- 136 • EU-parlamentarische Kontrolle über die Armee.
- 137 • ein Versorgungssystem für die Europäischen Soldaten, das Veteranen explizit mit
138 einschließt.

139 **Europäischer Grenzschutz – eine übergreifende staatliche Aufgabe**

140 Die Flüchtlingskrise stellt Europa vor eine große Herausforderung. Die Staatengemeinschaft steht
141 vor der Mammutaufgabe, Millionen Flüchtlinge aufzunehmen und zumindest temporär zu
142 integrieren. Um dies erfolgreich bewältigen zu können, müssen hierfür Kapazitäten geschaffen und
143 Flüchtlingsströme abgeschwächt werden. Einreise zu kontrollieren, ist die Aufgabe europäischen
144 Grenzschutzes. Ziel muss es sein, legale Migration zu ermöglichen, Flüchtlingen Schutz zu bieten
145 und all denjenigen, die keinerlei Bleibeperspektive haben, in den vorgesehenen grenznahen
146 Asylzentren unterzubringen und nach Antragsablehnung zeitnah abzuweisen.

147 Viele Menschen haben von Anfang an weder Recht noch Perspektive auf eine Bleibe in Europa. Auf
148 Grund aufgrund nicht möglicher Identifizierung und fehlender Durchsetzung von Abschiebungen
149 bleiben sie dennoch hier. De facto findet also eine illegale Einwanderung statt – sei es über den
150 Balkan, über Ceuta und Melilla in Nordafrika oder über die illegale Einwanderung über den Balkan
151 oder die Mittelmeerroute muss unterbunden werden. Schlepperbanden muss grundsätzlich das
152 Handelstreiben mit Menschenleben unterbunden werden. Hierbei spielen auch Hilfsorganisationen
153 eine Rolle, die sich als Parallelstrukturen zu den europäischen Behörden und Rettungsmissionen
154 engagieren und Menschen direkt vor der libyschen Küste im Mittelmeer abholen. Ein Zustand, der
155 zu schlechter ausgerüsteten – und damit gefährlicheren - Überfahrten führt und Anreize für
156 illegale Migration schafft. Hilfsorganisationen sind nicht diejenigen, die humanitäre Hilfe an der
157 Mittelmeerküste zu leisten haben. Grenzschutz ist eine staatliche Leistung, die in die Hand der
158 europäischen Union gehört. Nichtregierungsorganisationen muss es verboten werden, illegal
159 Menschen nach Europa zu bringen. Vereinzelt Hilfsorganisationen werden sogar selbst als

160 Schlepper tätig. Die JU SH fordert daher eine rechtliche Ausarbeitung dieses Handelns. Ein
161 Abholen der Flüchtlinge nach einer Absprache mit den Schleppern unmittelbar vor der libyschen
162 Küste stellt keine Seenotrettung dar. Stattdessen ist die EU-Marinemission Sophia aufzustocken,
163 damit die Seenotrettung im Mittelmeer durch staatliche Akteure durchgeführt wird.

164 Problematisch für Europa ist vor allem die illegale Migration, die unter dem Deckmantel des Asyls
165 letztlich und die aufnehmende Gesellschaft kulturell überfordern könnte. Deutschland und Europa
166 können nicht unbestimmt viele Menschen aufnehmen. Die gesellschaftliche Stabilität Europas
167 hängt deshalb davon ab, den Strom illegaler Migration zu stoppen. Um den Schutz von
168 Flüchtlingen so effektiv wie möglich zu gestalten, sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich.
169 dadurch soll erreicht werden, dass Europa gezielt schutzbedürftigen Menschen Zutritt gewährt
170 und solche abweist, die weder für einen Eintritt noch für ein Bleiben berechtigt sind.

171 Effektiver Grenzschutz ist hierfür unabdingbar. Nur gemeinsam mit nordafrikanischen Partnern,
172 die ausreichend unterstützt werden, wird es möglich sein, die tödlichen Überfahrtversuche im
173 Mittelmeer zu unterbinden. Dabei sind wir auch auf afrikanische Akteure und ihre Behörden
174 angewiesen. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, zur Fluchtbekämpfung notwendige
175 staatliche Strukturen in Marokko, Algerien und Tunesien finanziell und logistisch zu unterstützen.
176 Diese Unterstützung umfasst explizit auch Ausbildungsmissionen und Entwicklungshilfen, die
177 insbesondere auch in Fluchtherkunftsländern notwendig sind.

178 Andererseits ist es notwendig, Länder, die unwillig sind, Staatsbürger ohne Bleiberecht
179 zurückzunehmen, politisch unter Druck zu setzen. Einerseits von zum Beispiel Entwicklungshilfen
180 zu profitieren und andererseits keine Rücknahmeabkommen abzuschließen oder diese einzuhalten,
181 muss begegnet werden. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, Entwicklungshilfen
182 dort zu kürzen, wo fehlende Kooperation es nötig macht.

183 Im Interesse unseres Grenzschutzes liegt auch ein stabiles Libyen. Dieses kann als Partner helfen,
184 Migrationsströme einzudämmen und illegale Überfahrten über das Mittelmeer zu unterbinden.
185 Derzeit sind staatliche Strukturen teilweise komplett zerstört und das Land ist durch mehrere
186 kriegstreibende Fraktionen zerrüttet. Es entspricht der europäischen Verantwortung, Libyen zu
187 helfen. Deswegen begrüßen wir die Ausbildungsmissionen für die libysche Marine und den
188 libyschen Zoll ausdrücklich und fordern eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit im
189 Bereich des Kampfes gegen die Menschenschleusung. Eine Stabilisierung des Landes muss für die
190 Europäische Union höchste Priorität haben. Dazu müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung
191 gestellt werden.

192 Mit diesem Bündel an Maßnahmen können dann auch europäische Hotspots an der afrikanischen
193 Küste aufgebaut werden, die direkt Asylanträge bearbeiten und den Menschen, die ein Recht auf

194 Schutz zugesprochen bekommen, eine sichere, staatliche Überfahrt bieten In diesen Auffanglagern
195 sind auch all diejenigen zurückzuführen, die aktuell versuchen über das Mittelmeer nach Europa zu
196 gelangen. All jene, deren Bescheide negativ sind, müssen abgewiesen werden.

197 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 198 • Nichtregierungsorganisationen zu verbieten, Menschen illegal nach Europa zu bringen.
- 199 • die EU-Marinemission Sophia aufzustocken.
- 200 • die Ausbildungsmission in Libyen fortzusetzen und den libyschen Grenzschutz zu stärken.
- 201 • die Streichung der Entwicklungshilfen, wenn es nicht zu einer Rücknahme der eigenen
202 Staatsbürger kommt.
- 203 • Aufbauhilfen für die Herkunftsländer.
- 204 • Zurückführung illegaler Migranten in die nordafrikanischen Hotspots und
205 Beschlagnahmung der Boote
- 206 • Errichtung von Erstaufnahmelagern in afrikanischen Partnerländern.
- 207 • Eine rechtliche Aufarbeitung der Schlepper-Tätigkeiten einzelner Hilfsorganisationen

208 **Deutschland und Frankreich – gemeinsam als Motoren der EU**

209 Das deutsch-französische Verhältnis war in der fernerer Vergangenheit häufig offen oder
210 versteckt feindselig. Daher können wir uns glücklich schätzen, dass wir in einer Zeit leben, in der
211 Frankreich und Deutschland gut zusammenarbeiten - für den Erhalt demokratischer Werte und
212 gegen jeglichen Terrorismus. Weiterhin ist Frankreich für Deutschland zu einem wichtigen
213 Handelspartner geworden. In der EU werden Frankreich und Deutschland nach dem Brexit die
214 treibenden Kräfte sein.

215 Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt den Wahlsieg Emmanuel Macrons gegen Marine Le
216 Pen. Seine innenpolitischen Reformen sehen wir als ersten Schritt, die französische Wirtschaft
217 voranzubringen und vor allem die innenpolitische Lage zu stabilisieren. Mit einer Stärkung
218 Frankreichs wird auch die EU gestärkt.

219 Im Rahmen seiner Äußerungen zur Eurozone kritisierte Macron den deutschen Handelsüberschuss
220 stark. Hierzu muss gesagt werden, dass Deutschland zwar den zweitgrößten Handelsüberschuss
221 weltweit hat. Allerdings auch den relativ höchsten Kapitalabfluss. Das bedeutet, dass das Ausland
222 nicht nur hochwertige Produkte von uns geliefert bekommt, sondern, dass deutsche Firmen, den
223 Gewinn, den sie am exportierten Produkt machen, auch wieder im Ausland investieren. Sowohl die
224 EU als auch andere Nationen profitieren stark von deutschen Handelsüberschüssen. Weiterhin
225 profitiert die EU von einem wirtschaftlich starken Deutschland. Aus diesen Gründen sieht die
226 Junge Union Schleswig-Holstein keine andere Nation durch einen deutschen Handelsüberschuss

227 stark benachteiligt und fordert deswegen, keine Zugeständnisse zum Handelsüberschuss zu
228 machen.

229 Die Bundesregierung wird gemeinsam mit Macron einen Fahrplan für die Eurozone entwerfen. Eine
230 Einigung mit Frankreich über das gemeinsame Vorgehen in der Eurozone sieht die Junge Union
231 Schleswig-Holstein als unabdinglich an. Jedoch fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die
232 Bundesregierung dazu auf, in den Verhandlungen, die Interessen Deutschlands zu wahren.

233 Das bedeutet für die Junge Union Schleswig-Holstein, dass die Vergemeinschaftung alter und
234 neuer Schulden strikt abzulehnen ist. Eine Vergemeinschaftung von Schulden nimmt Ländern in
235 wirtschaftlich prekärer Lage den Anreiz, ihre Situation zu verbessern, da sie die Konsequenzen
236 ihrer Wirtschaftspolitik nicht mehr spüren. Es muss aber weiterhin Ziel der EU sein, dass jedes Land
237 für sein eigenes wirtschaftliches Vorgehen die Verantwortung trägt und nicht einige Länder für
238 alle die Konsequenzen tragen. Gleiches gilt entsprechend für sog. Eurobonds.

239 Da jedes Mitgliedsland der Eurozone auch Mitglied der EU und ausnahmslos jeder EU-Staat ein
240 gewisses Interesse an einem stabilen Euro hat, wären eigene Strukturen der Eurozone lediglich
241 Parallelstrukturen der bereits bestehenden EU-Strukturen. Nicht zuletzt die Griechenlandkrise
242 zeigt aber, dass es für die Mitglieder der Eurozone als Ultima Ratio möglich sein muss, den Euro als
243 Währung aufzugeben, ohne die EU verlassen zu müssen. Dies ist nach den aktuellen Verträgen
244 nicht möglich. Ein stabiler Euro setzt jedoch voraus, dass alle Staaten, die ihn als Währung haben,
245 auch eine verlässliche Finanzpolitik und einen stabilen Haushalt aufweisen können. Ist dies trotz
246 Rettungsmaßnahmen und Reformen nicht weiter möglich, so muss ein Staat sowohl im eigenen als
247 auch im Interesse aller weiteren EU-Mitgliedstaaten den Euro als Währung aufgeben können, ohne
248 dabei gezwungen zu sein, die EU verlassen zu müssen.

249 Jedoch ist Macrons Vorschlag eines gemeinsamen Investitionsfonds der Eurozone zu befürworten.
250 Diese Investitionen müssen jedoch zweckgebunden für Strukturmaßnahmen sein. Auf keinen Fall
251 dürfen diese Investitionen zur Tilgung von Schulden genutzt werden. Durch einen gemeinsamen
252 Investitionsfond kann die Eurozone für EU-Staaten, die noch nicht Teil der Eurozone sind, attraktiv
253 werden. Weiterhin sollten Länder der Eurozone ein ganz besonderes Interesse an der Stärkung der
254 anderen Euro-Staaten haben.

255 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 256 • keine Zugeständnisse zum Handelsüberschuss.
- 257 • Dass die Bundesregierung sich in den Gesprächen über die Zukunft der Eurozone
258 maßgeblich nach dem Interesse Deutschlands richtet.

- 259 • das Ablehnen der Vergemeinschaftung alter und neuer Staatsschulden in der Eurozone und
260 der Schaffung eigener Strukturen innerhalb der Eurozone.
- 261 • die Einführung eines gemeinsamen, zweckgebundenen Investitionsfonds der Eurozone.
- 262 • die Einführung einer Ausstiegsklausel aus dem Euro als Währung ohne die EU verlassen zu
263 müssen als Ultima Ratio

264 **Polen – ein Freund auf Abwegen?**

265 Die Justizreform in Polen, die dem Justizminister weitreichende Freiheiten einräumt, Richter zu
266 benennen – darunter auch das Oberste Gericht -, stellt einen Verstoß gegen die Gewaltenteilung
267 in einer Demokratie dar und hebt in weiten Teilen die Unabhängigkeit der polnischen Justiz auf.
268 Diese Reform lehnen wir aufgrund der fehlenden Rechtsstaatlichkeit ab und fordern die
269 Bundesregierung auf, ein Rechtsstaatverfahren gegenüber Polen zu unterstützen, sofern es keinen
270 adäquaten alternativen Vorschlag gibt.

271 Da es für so ein Verfahren einen einstimmigen Beschluss aller Mitglieder der Europäischen Union
272 gefasst werden muss und Ungarn bereits sein Veto angekündigt hat, könnte es hier zu einer
273 Blockade kommen. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, hier die Einstimmigkeit
274 aufzuheben. Die Anwendbarkeit der doppelten, qualifizierten Mehrheit ist auszuweiten. Dies gilt
275 vor allem dort, wo bisher Einstimmigkeitsbeschlüsse notwendig sind. Eine Mehrheit im
276 Europäischen Rat und eine Mehrheit der Bevölkerung würden somit für Beschlüsse ausreichen.

277 Außerdem fordern wir, die Rodung des europäischen Urwaldes im Osten Polens gemäß dem Urteil
278 des Europäischen Gerichtshofs zu stoppen und fordern die Bundesregierung auf den europäischen
279 Partner einzuwirken. Denn die Urteile des EuGH sind auch für den polnischen Staat bindend. Eine
280 anhaltende Ignoranz stellt eine Verletzung der Verträge dar und muss mit Sanktionen wie z.B.
281 Geldbußen geahndet werden.

282 Des Weiteren fordert die polnische Regierung Reparationszahlungen von Deutschland für die
283 Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg. In einer Erklärung aus dem August 1953 verzichtete Polen
284 allerdings auf jegliche Reparationsforderungen, um den Friedensprozess weiter voran zu bringen.
285 Somit sieht die Junge Union Schleswig-Holstein jegliche Reparationsforderungen als hinfällig an.

286 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 287 • die Unterstützung der Einleitung eines Rechtsstaatsverfahrens gegen Polen, wenn es
288 keinen adäquaten Alternativvorschlag gibt.
- 289 • die anlassbezogene Aussetzung des Einstimmigkeitsprinzips innerhalb der Europäischen
290 Union. Eine doppelte qualifizierte Mehrheit sollte in bestimmten Fällen ausreichend sein.

- 291 • das Einwirken der Bundesregierung auf Polen zur Einhaltung des Urteiles des EuGH.
292 • kein Nachgeben bei Reparationsforderungen von der polnischen Seite.

293 **Die deutsch-dänische Grenze**

294 Von dänischer Seite wird seit Anfang 2016 vermehrt stichprobenartig an der deutsch-dänischen-
295 Grenze kontrolliert. Dies begründet die dänische Regierung mit der Situation in der
296 Flüchtlingskrise 2015. Dauerhafte Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes sieht die Junge
297 Union Schleswig-Holstein als Rückschritt an. Denn dauerhafte Kontrollen implizieren immer ein
298 gewisses Misstrauen gegenüber den anderen EU-Staaten. Innerhalb der EU sollte es aber Ziel sein,
299 gemeinsam Kräfte zu bündeln, um an den EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung
300 vorzugehen und nicht aus Misstrauen gegenüber den anderen Staaten, die eigenen Grenzen zu
301 kontrollieren. Deswegen ist es Aufgabe der Europäischen Kommission, die Mitgliedsstaaten
302 aufzufordern die dauerhaften Grenzkontrollen zu unterlassen, sobald die europäischen
303 Außengrenzen permanent und stabil gesichert wurden..

304 Gelegentliche, stichprobenartige Grenzkontrollen an den verschiedenen Grenzen eines EU-Landes
305 ermöglichen den Staaten viele gesuchte Straftäter zu finden, sowie es zu den Grenzkontrollen im
306 Rahmen des G20-Gipfels geschehen ist. Deswegen sollte es den EU-Ländern vorbehalten sein, an
307 ihren Außengrenzen innerhalb der EU zu kontrollieren. Hierbei darf der Grenzverkehr aber nicht
308 behindert werden.

309 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 310 • die dänische Regierung aufzufordern, dauerhafte Grenzkontrollen zu unterlassen.
311 • es den Staaten vorzubehalten, gelegentliche, stichprobenartige Kontrollen durchzuführen

312 **Türkei – ein zuverlässiger Partner?**

313 Die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei bereiten uns Sorge. Eine freundschaftliche
314 Beziehung zu einer demokratischen Türkei ist von Vorteil für Deutschland und Europa. Beides ist
315 gefährdet: Die aggressive Haltung türkischer Politiker in Bezug auf ihre europäischen Freunde und
316 die anhaltende Zentralisierung der Macht auf den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan
317 sind dabei nur zwei Anhaltspunkte. Diese lassen Zweifel aufkommen, wie und ob die ursprünglich
318 guten Beziehungen bleiben können.

319 Die Türkei hat sich zu einem unerlässlichen Partner entwickelt. Die Zusammenarbeit im Bereich
320 der Flüchtlingspolitik hat sich zwar grundsätzlich verbessert. Gleichzeitig wird diese Entlastung
321 Europas aber auch als politisches Druckmittel benutzt. Um politische Zugeständnisse zu erpressen,
322 wird damit gedroht, „die Schleusen wieder zu öffnen“. Wohlwissend, welche politischen und

323 gesellschaftlichen Folgen der anhaltende Flüchtlingsstrom bereits in Deutschland und Europa
324 gehabt hat. Statt Säbelrasseln sind hier getroffene Vereinbarungen einzuhalten!

325 Gleichzeitig wurde in den vergangenen zwei Jahren mehrmals Bundestagsabgeordneten der Zutritt
326 zu deutschen Truppenkontingenten in der Türkei verwehrt. Nicht zuletzt deshalb begrüßen wir den
327 Schritt der Bundesregierung, die betroffenen Truppenteile aus der Türkei abzuziehen. Auch diese
328 Vorfälle sind leider beispielhaft für die politischen Spielchen, die die Regierung Erdogan aus
329 innenpolitischen Gründen mit ihren europäischen Partnern treibt. Verlässliche Partner sehen
330 anders aus. Militärisch ist eine Zusammenarbeit auf das Mindeste zu beschränken, solange die
331 Kooperationsunwilligkeit der Türkei weiter so offen zu Tage tritt.

332 Und schließlich muss auch die innenpolitische Entwicklung äußerst kritisch betrachtet werden.
333 Politische Säuberungen im Nachgang zum gescheiterten Putsch haben dazu geführt, dass eine
334 freie Presse de facto nicht mehr existent ist. Unter diesem Umstand leiden auch deutsche
335 Journalisten, die in der Türkei festgenommen werden oder im europäischen Ausland durch den
336 langen Arm der türkischen Justiz drangsaliert werden. Die politische Opposition wird systematisch
337 in die Illegalität gedrängt, teilweise werden Abgeordnete unter fadenscheinigen Begründungen
338 festgenommen. Politisch unliebsame Personen in Deutschland werden auf Listen geführt und
339 abgehört. Staatsanwälte, Polizisten und Richter, die nicht als regierungstreu gelten sind zu
340 tausenden entlassen. Dazu kommen Lehrer, Professoren, Verwaltungsbeamte und führende
341 Angestellte der landeseigenen Betriebe. Kurzum: Das Land wird politisch umgebaut. Für uns ist es
342 wichtig, einen demokratischen Nachbarn am Bosphorus zu haben. Eine demokratische Türkei ist
343 stabil und verlässlich. Eine Diktatur widerspricht unseren Grundwerten.

344 Sowohl die Unzuverlässigkeit als auch die politische Entwicklung weg von der Demokratie sind
345 eindeutige Signale, dass die Türkei nicht bereit ist, Mitglied der europäischen Union zu werden.
346 Wir möchten die Beziehungen zwischen Europäische Union und Türkei zwar vertiefen, eine
347 Vollmitgliedschaft der Türkei gehört für uns aber nicht zu einer solchen Vertiefung der
348 Beziehungen. Die nötigen Voraussetzungen sind besonders in Hinsicht auf Rechtsstaatlichkeit und
349 Demokratie bei Weitem nicht erfüllt. Unabhängig von der Frage, ob dies überhaupt wünschenswert
350 erscheint, ist festzustellen, dass ein Beenden der aktuellen Beitrittsgespräche, die derzeit seit 2015
351 eingefroren sind, der Türkei den letzten Stoß in Richtung Diktatur geben könnte. Anstatt der
352 Regierung Erdogan also noch mehr politisches Zündholz an die Hand zu geben, ist es ratsam, statt
353 die geführten Gespräche komplett zu beenden, die die Kapitel der Beitrittsverhandlungen in Foren
354 umzuwandeln, um die künftige Zusammenarbeit weiterhin effektiv gestalten zu können.

355 Im Umgang mit der Türkei muss die Europäische Union lernen, gemeinsam zu handeln. Hierfür sind
356 zwei Beispiele bildhaft: Über die Türken im Ausland versucht Präsident Erdogan auch

357 innenpolitischen Einfluss in EU Mitgliedsstaaten auszuüben. Den Versuch türkischer Politiker sich
358 innenpolitisch nicht nur in Deutschland einzumischen, verbitten wir uns.

359 Bei diesen ganzen Entwicklungen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es auch einen
360 großen Teil Türken gibt, die sich gegen die Reformen ausgesprochen haben und für eine
361 demokratische Türkei stehen. Diese Menschen darf man nicht vergessen und muss den Kontakt zu
362 diesem Teil der türkischen Gesellschaft ausrechterhalten, um in künftigen Zeiten wieder
363 erfolgreich zusammenarbeiten zu können.

364 Weiterhin sei hier Zypern zu nennen. Ein Mitglied der Europäischen Union, das teilweise durch die
365 Türkei besetzt wird. Die Union muss hier eine gemeinsame Haltung finden, und die Türkei zur
366 Räumung Zyperns auffordern.

367 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 368 • vertiefte und verbesserte Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise.
- 369 • militärische Zusammenarbeit nur bei tatsächlicher Kooperation.
- 370 • Unterstützung demokratischer Strukturen in der Türkei.
- 371 • gemeinsame Abwehr der Europäischen Union gegen Einmischung der Türkei.
- 372 • Räumung Zyperns durch die Türkei.

373 **Russland und die Ukraine – ein ungelöster Konflikt**

374 Die Spannungen zwischen der Europäischen Union und Russland in den letzten Jahren aufgrund
375 der Annexion der Krim und der Krise in der Ukraine sind immer noch allgegenwärtig und werden
376 durch die neuen Sanktionen der US-Regierung noch verstärkt.

377 Es gilt festzustellen, dass die Halbinsel Krim illegal annektiert wurde. Russland hat gegen
378 Völkerrecht verstoßen und die territoriale Integrität der Ukraine verletzt. Das darf nicht
379 hingenommen werden. Weitere Annexionen könnten sonst vor allem im Gebiet der ehemaligen
380 UdSSR folgen. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine Einwirkung auf Russland
381 und die Rückgabe der Krim an die Ukraine. Hinzu kommt, dass Russland anhaltend pro-russische
382 Separatisten in der Ostukraine militärisch und nachrichtendienstlich unterstützt und auf diese
383 Weise einen Bürgerkrieg in Europa befeuert.

384 Die Bundesregierung hat mit ihrem Engagement beim Minsker Abkommen den Weg für eine
385 diplomatische Lösung angestoßen. Es gilt hier die Verhandlungen weiter voranzubringen und die
386 Vereinbarungen genauer zu definieren, da die Situation aktuell stagniert. Die Junge Union
387 Schleswig-Holstein fordert außerdem, die eine demokratische und rechtsstaatliche Ukraine als
388 zukünftigen Partner zu unterstützen.

389 Die Sanktionen gegenüber Russland sind so lange aufrecht zu erhalten, wie der Ukraine-Konflikt
390 und insbesondere die Situation der Krim nicht nach geltendem Völkerrecht geklärt sind. Die Tür
391 zum Dialog muss aber die ganze Zeit offen stehen, da sich der Konflikt nur diplomatisch und in
392 Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation lösen lässt.

393 Des Weiteren ist die Beobachtungsmission der OSZE weiterhin zu unterstützen. Die Junge Union
394 Schleswig-Holstein fordert, die Kompetenzen dieser Institution auszubauen, da sie bei zentralen
395 Problemen einen erheblichen Beitrag zur Lösung liefern kann. Die OSZE bündelt sowohl
396 Kompetenzen in der Terrorismusbekämpfung, Demokratisierung, Cybersicherheit, Medienfreiheit
397 sowie Konfliktverhütung/-lösung. All diese Punkte stehen aufgrund der aktuellen (sicherheits-
398)politischen Lage auf der Agenda. Anstatt seine Kräfte in den Aufbau neuer Institutionen oder
399 Programme zu stecken, sollte die OSZE gestärkt werden und als zentrale Institution eine größere
400 Bedeutung erlangen.

401 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 402 • die Annexion der Krim nicht anzuerkennen.
- 403 • die Verhandlung des Minsker Abkommens wieder anzustoßen und die Ukraine zu
404 unterstützen.
- 405 • die Sanktionen aufrecht zu erhalten bis zum Ende des Konfliktes.
- 406 • die Kompetenzen und Bedeutung der OSZE zu stärken, in Fragen wie Terrorbekämpfung,
407 Demokratisierung und Konfliktverhütung/-lösung.

408 **USA – Verlust eines starken Partners verhindern**

409 Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der wichtigste Handelspartner der Europäischen Union.
410 Wir sind außerdem mit den Amerikanern in der NATO auch in sicherheitspolitischen Fragen eng
411 verbunden. Durch die aktuelle Regierung durch den aktuellen Präsidenten Trump verändert sich
412 das Verhältnis erheblich, da die amerikanische Führung sich zunehmend von internationalen
413 Kooperationen wie TTIP, TTP oder dem Pariser Klimaabkommen verabschiedet. Dieser Verlust ist
414 sehr bedauerlich, da die USA aufgrund ihres Einflusses und ihrer Wirtschaftskraft eine große Rolle
415 in der Weltpolitik spielen. Dennoch befürworten wir das Anstreben eines Freihandelsabkommens
416 mit den USA.

417 Die größte Bedeutung haben die USA im Bereich Verteidigung. Hier ist die Forderung Donald
418 Trumps, die Rüstungsausgaben der NATO-Partner auf 2% des BIPs zu erhöhen, berechtigt. Die
419 Junge Union Schleswig-Holstein fordert diese Verpflichtung, die aus den Verträgen der NATO
420 hervorgeht, von deutscher Seite einzuhalten.

421 Ein weiterer Aspekt zur Friedenssicherung ist der Konflikt zwischen Nordkorea und den
422 Vereinigten Staaten. Auf Grund der aktuellen Eskalation sollte die EU schlichtend tätig werden.
423 Weitreichende Konsequenzen, die aus diesem Konflikt entstehen können, gilt es zu verhindern.

424 Außerdem kann es durch das von Donald Trump ausgerufenen Prinzip „America First“ auch zu
425 einer Belastung der Handelsbeziehung kommen, da die US-Regierung einer protektionistischen
426 Handelspolitik gegenüber offen ist. Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein ist jede Form
427 des Protektionismus abzulehnen.

428 Die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) ist in diesem Zusammenhang auch noch einmal
429 hervorzuheben. In Form der Doha-Runde wird seit 2001 ein weltweites Handelsabkommen
430 erarbeitet. Da diese Verhandlungen aber schon des Öfteren fast zum Erliegen kamen und
431 außerdem auch die einzelnen schon verhandelten Bestandteile erst in Kraft treten, wenn es zu
432 einem ganzheitlichen Abschluss kommt, ist diese Form der Doha-Runde in Frage zu stellen. Als
433 Alternative fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Doha-Runde in der jetzigen Form
434 abubrechen und eine neue Struktur zu schaffen. Die einzelnen Teilbereiche sollten separat
435 verhandelt, beschlossen und in Kraft gesetzt werden. Außerdem gilt es zu prüfen, inwiefern die
436 Aussetzung des Konsensprinzips in einigen Abstimmungen sinnvoll ist.

437 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 438 • die Ausgaben für Verteidigung gemäß der NATO-Verträge stufenweise auf 2% des BIPs zu
439 erhöhen.
- 440 • die EU sollte im Nordkorea-Konflikt schlichtend eingreifen.
- 441 • die Rolle der WTO zu stärken und die Doha-Runde in ihrer jetzigen Form abubrechen. In
442 kleineren Runden sollen bindende Beschlüsse für alle Mitglieder gefasst werden.

443 **China als stärkerer zukünftiger Partner**

444 Im Juli verkündete das chinesische Staatsoberhaupt Xi Jinping während eines Staatsbesuchs,
445 fairere Handelsbedingungen mit Deutschland schaffen zu wollen. Die momentane Realität ist
446 jedoch alles andere als eine gleichberechtigte Beziehung. So werden ausländische Unternehmen,
447 die in chinesische Märkte expandieren wollen, bisher zur Gründung von Joint-Ventures
448 gezwungen. Außerdem müssen Niederlassungen von fremden Investoren überzogene
449 Zertifizierungsanforderungen erfüllen. Auf der einen Seite sorgen solche diskriminierenden
450 Markteintrittshindernisse nicht für eine zeitgemäße Handelsbeziehung. Auf der anderen Seite sind
451 chinesische Investitionen, beispielsweise im Werftensektor wie in Mecklenburg-Vorpommern,
452 grundsätzlich willkommen. Die Junge Union Schleswig-Holstein sieht daher einen dringenden
453 Bedarf für einen neuen Handelsvertrag. Dieser muss gleichwertige Beziehungen garantieren.

454 Andernfalls sind die Auflagen für chinesische Unternehmensbeteiligungen in Deutschland zu
455 erhöhen, um eine einseitige Einflussnahme zu verhindern.

456 Der Joint-Venture-Zwang führt außerdem zu einem unerwünschten Wissenstransfer. Dieser wird
457 verstärkt durch die Wirtschaftsspionage chinesischer Technologiekonzerne. Die Junge Union
458 Schleswig-Holstein fordert deshalb eine bessere Aufklärung des Mittelstandes über einen besseren
459 digitalen Datensicherheit und eine Verpflichtung zu gewissen Rahmen, um zu verhindern das
460 wichtige Schlüsseltechnologien und damit auch ein europäisches Hauptexportgut nach China
461 abgegeben werden.

462 Außerdem fordern wir bei deutschen Investitionen verpflichtende Standards der
463 Arbeitsbedingungen auf chinesischer Seite. All das könnte Bestandteil eines neuen bilateralen,
464 oder besser europäischen Handelsabkommens mit China werden.

465 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb in einem Abkommen mit China:

- 466 • den Wegfall sämtlicher diskriminierender Markteintrittshindernisse sowie
467 Investitionsfreiheit.
- 468 • eine bessere staatliche Aufklärung zum digitalen Datenschutz in der Wirtschaft und ein
469 Unterstützungsprogramm für die IT-Sicherheit im Mittelstand.
- 470 • Verpflichtende Standards bei Arbeitsbedingungen von der chinesischen Seite für deutsche
471 Unternehmensbeteiligungen.